

## **Mehr Demokratie wagen!**

Das Gemeindeprüfungsamt (GPA) des Kreises Plön hat nach einer überörtlichen Prüfung der Verwaltungsstrukturen der Stadt Preetz heftige Kritik an der Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung in Preetz geübt:

Die Anzahl der sechs ständigen Ausschüsse der Selbstverwaltung (Haupt- und Finanzausschuss; Ausschuss für Bauplanung; Ausschuss für Natur- und Klimaschutz; Hoch-Tief-Ausschuss; Ausschuss für Kinder-Jugend-Schule-Soziales und Gleichstellung; Ausschuss Wirtschaft-Sport-Kultur), von der Stadtvertretung in der Hauptsatzung beschlossen, ist dem GPA aus finanziellen Gründen zu groß und belastet die hauptamtliche Verwaltung nach Auffassung des GPA zu stark.

Deshalb wird eine Reduzierung der Ausschusszahl vorgeschlagen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Mitgliederzahl in den einzelnen Ausschüssen.

Diesen Vorschlag, den die Verwaltung grundsätzlich unterstützt, lehnt die BGP (Bürgergemeinschaft Preetz) eindeutig ab, da er bei Umsetzung ein weniger an kommunaler Demokratie bedeutet:

Das Arbeitspensum der einzelnen Ausschüsse ist schon jetzt erheblich, eine Zusammenfassung verschiedener Themenbereiche würde das Pensum noch einmal deutlich erhöhen; eine Vergrößerung der Mitgliederzahl die Diskussionen verlängern. Ein Blick auf die Tagesordnungen der einzelnen Ausschüsse macht deutlich, dass es kaum inhaltliche Doppelberatungen gibt, da die Hauptsatzung der Stadtvertretung die Zuständigkeitsbereiche klar regelt und abgrenzt.

Unser Hauptargument gegen eine Reduzierung der Ausschusszahl ist jedoch ein anderes:

Kommunalpolitik lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger und damit auch von der Möglichkeit, sie in die kommunalpolitische Arbeit einzubinden.

Dies geschieht u.a. durch die Benennung sogenannter „bürgerlicher Mitglieder“ als vollwertige Ausschussmitglieder durch die politischen Fraktionen der Stadtvertretung. Hiervon machen die z.Zt. sechs Fraktionen der Stadtvertretung regen Gebrauch. Gerade für die kleinen Fraktionen (z.B. der BGP) ist dies eine wichtige Möglichkeit, Interessierte in die „Politik vor Ort“ einzubinden. Auch ermöglicht die Zahl von sechs Ausschüssen den kleinen Fraktionen, einen Ausschussvorsitz zu stellen und nicht alles nur den sogenannten „Großen“ zu überantworten. Eine Vergrößerung der Mitgliedszahl in den Ausschüssen käme aktuell nur den „Großen“ zu Gute, die dadurch nicht mehr darauf angewiesen wären, sich für Mehrheiten die Unterstützung der „Kleinen“ zu sichern.

Die aktuelle Sitzverteilung in den Ausschüssen: 9 Mitglieder – 2 CDU, 2 Bündnis 90, 2 SPD, 1 BGP, 1 FWG, 1 FDP, hat zu einer sehr sachorientierten kommunalpolitischen Arbeit beigetragen, ohne dass auf kontroverse Diskussionen verzichtet werden musste.

Nach Auffassung der BGP bedeutet die Umsetzung der Anregung des GPA ein Stück Aufgabe kommunaler Demokratie.

Wir treten dagegen ein für:

Mehr Demokratie wagen, gerade auch „vor Ort“!

Jörg Fröhlich (BGP-Fraktionsvorsitzender)

(Anregungen und Kritik an.: [jfroehl@t-online.de](mailto:jfroehl@t-online.de))